

# Laibacher Zeitung.



Nr. 91.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 21. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr., u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1866.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant im Graf Follot de Crenneville 75. Infanterieregimente Karl Freiherrn von Palm die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 17. April d. J. dem Hilfsämterdirektor in der Abtheilung für Kultus und Unterricht des Staatsministeriums Joseph Schönbach in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung taxfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 14. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem k. k. Polizeidirektor und Regierungsrathe Leopold Bezdek in Laibach aus Anlaß seiner nachgesuchten Veretzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Anerkennung seiner vieljährigen und treuen Dienstleistung bekanntgegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 7. April d. J. den Domherrn des Metropolitankapitels zu Görz Dr. Dominik Castellani zum Domscholaster dieses Kapitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Der königl. ungarische Hofkanzler hat den Ladislaus von Keszlerffy zum Honorar-Hofkonzepisadjunkten der ungarischen Hofkanzlei ernannt.

### Veränderungen in der k. k. Armee.

Der bei der Gendarmeriegeneralinspektion in der Dienstleistung stehende Generalmajor Anton Johnson von Stauffenfeld wurde zum Lokaltruppenbrigadier zu Laibach ernannt.

Der Lokaltruppenbrigadier zu Laibach Generalmajor Eduard Rottke Esler v. Komaroli wurde auf seine Bitte in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 21. April.

Wir erfahren endlich etwas Näheres über die von Baiern gemachten Vermittlungsvorschläge. Baiern macht in einer Depesche, die in Wien und Berlin übergeben wurde, den Vorschlag: Es sollen beide deutschen

Mächte an einem bestimmten Termin gleichzeitig zur Entwaffnung schreiten, beziehungsweise die kriegerischen Vorbereitungen rückgängig machen.

Gewiß theilt jeder patriotische Oesterreicher mit uns den Wunsch, daß jeder Weg zur Versöhnung benützt werde. Aber wir können der „Ost. Post“ nicht ganz Unrecht geben, wenn sie sagt: Wir sehen auch, wenn der Vorschlag formell angenommen würde, keinen Fortschritt in der Vermittlung der Sache selbst. Preußen fordert zwei Dinge: Annexion der Herzogthümer und die militärische Annexion von Norddeutschland überhaupt unter dem Titel einer Bundesreform. Die Herzogthümer-Annexion fordert es auf Grundlage des Gasteiner Vertrages, von dem Graf Bismarck angibt: dem Vertrage liegen Voraussetzungen zu Grunde, welche Oesterreich nicht einhalte. Oesterreichserseits wird dies entschieden in Abrede gestellt. Nach dem Gange, welchen die Dinge genommen, bleibt der österreichischen Regierung nichts anderes übrig, als die ganze Herzogthümerfrage an den Bund zu bringen. Aber gerade das ist der Punkt, gegen welchen sich Preußen am heftigsten sträubt und den es als eine Verletzung des Gasteiner Vertrages hinstellt und durch seine offiziellen Organe als casus belli erklären läßt. Was soll nun die Vermittlung der bayerischen Regierung für praktische Folgen haben? Wird sie etwa im weiteren Verlaufe sich bemühen, Oesterreich zu bewegen, die Herzogthümerfrage nicht auf dem Wege des Bundes, sondern direkt mit Preußen, auf dem Wege des Gasteiner Vertrages, zur Austragung zu bringen? Dieses kann doch unmöglich die Absicht Baierns sein, dessen leitender Minister sich so entschieden für das Recht des Hauses Augustenburg ausgesprochen hat und das Recht des Bundes zur Entscheidung dieser Frage mit dem größten Eifer aufrecht hält. Oder schmeichelt sich Herr v. d. Pfordten, daß es seiner Vermittlung gelingen werde, Preußen zu vermögen, dem Gasteiner Vertrag zu entsagen und die Entscheidung dem Bunde zu übertragen? So weit, glauben wir, versteigt sich die Hoffnung des bayerischen Staatsministers selbst in den Stunden des Optimismus nicht. Was also wäre, auch wenn der bayerische Vorschlag in Berlin und Wien angenommen würde, damit gewonnen? Formell werden die zwei dissentirenden Großmächte ihre Rüstungen an dem bestimmten Termin abstellen — aber nach 14 Tagen ständen wir wieder auf dem alten Fleck.

Die vom württembergischen „Staatsanzeiger“ veröffentlichte österreichische Depesche, mit welcher eine Depesche Lord Russells über die Herzogthümerfrage beantwortet worden sein sollte und welche den Journalen wahrscheinlich viel Stoff zu Konjekturen geliefert haben würde, wird von der „Abendpost“ als apokryph erklärt.

Demungeachtet dürfen wir die Zuversicht, daß Oesterreich in der Herzogthümerfrage seinen alten Wahlspruch: *Iustitia regnorum fundamentum* bewahren werde, wohl ohne Rückhalt aussprechen. Die Herzogthümerfrage wird im Interesse der deutschen Nation, wie sie von Oesterreich als Bundesmacht aufgenommen wurde, gelöst werden. Oesterreich hat da keine egoistischen Zwecke zu verfolgen. Seine Handlungsweise liegt offen vor Augen. Es ist dem Einheitsdrange der deutschen Nation nicht entgegen, aber es will diesem Drange nicht durch überstärzte aggressive Politik, sondern mit Beachtung aller erworbenen Rechte, ohne Mediatisierung lebenskräftiger Staaten, genügt wissen.

### Die preussische Antwort vom 15. April auf die österreichische Note vom 7. April.

Der wesentliche Inhalt der preussischen Antwortdepesche ist folgender:

„Graf Bismarck geht über die Form der österreichischen Depesche vom 7. April mit der Bemerkung hinweg, daß dieselbe schwer den Schluß auf conciliante Absichten des österreichischen Kabinetts zuläßt.

Bezüglich des Zweckes dieser Depesche, die Beforgnisse einer Friedensstörung auf das Verhalten Preußens zurückzuführen, behauptet Bismarck, daß selten so folgenschwere politische Akte auf ein künstlicheres Zusammenfügen von Voraussetzungen und Gerüchten begründet worden sind. (1)

Bismarck spricht sein Bedauern aus, daß die österreichische Depesche in den Kreis sachlicher Erwägungen persönliche Aeußerungen gezogen habe, die er gethan hätte, und deren durch Wiederholung von Mund zu Mund wachsende Ungenauigkeit sich konstatiren läßt; er verwahrt sich speziell gegen die Behauptung, daß er eine eben gegebene amtliche Antwort gleichzeitig selbst für nichtig und werthlos erklärt haben sollte. Diese Zusammenstellung von Vermuthungen und Auslegungen habe keinen andern Zweck, als das Bedürfnis, die Vorbereitungen Oesterreichs zu den ernstesten Zwecken zu motiviren.

Die Erklärung in der österreichischen Depesche, daß keine Verfügungen getroffen werden, die nach der österreichischen Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Krieges vorbereiten, Ausdrücke, wie „keine irgend erhebliche Truppenkonzentration“, „kein ungewöhnlicher Pferdeankauf“, „keine Einberufung der Urlauber in nennenswerthem Umfang“ sind elastischer Natur und Ausdrücke von unbestimmter Tragweite. Eine nähere Information sei abgeschnitten, da den österreichischen Blättern die Mittheilung militärischer Nachrichten untersagt wurde.

## feuilleton.

### Erinnerungen an Weimar.

Von R. S. Schröder.

(Ein ungarischer Schulmann und Goethe, Schiller, Wieland.)

Ein gar frisches, lebendiges Bild aus Weimars Blüthezeit gibt uns die Erzählung eines ungarischen Schulmannes, der im Jahre 1803 unverhofft mit Goethe, Schiller und Wieland einen Nachmittag und Abend zu verleben so glücklich war.

Ich habe die Erzählung im Preßburger Schulprogramm von 1855 nach einem alten Zeitungsberichte mit kritischen Bemerkungen, dazu auch Randglossen, die Herr Hofrath A. Schöll in Weimar beizufügen die Güte hatte, mitgetheilt, und sie ist von da in v. Wurzbachs Schiller-Album übergegangen. Trotzdem möchte ich mir erlauben, dieselbe hier frei umzuerzählen, mit Hinzunahme aller weiteren Erörterungen, so wie ich sie noch von dem betreffenden Schulmanne selbst erzählen hörte. Derselbe hieß Andreas Stuchoviny und war schon Lehrer an der Preßburger evangelischen Bürgerschule, als er eine Reise nach Deutschland unternahm, um die Erziehungsanstalt in Schnepfenthal zu besuchen und andere berühmte Orte zu sehen. Er war Slave von Geburt und sprach etwas gebrochen, aber fertig deutsch. „Ich kam,“ erzählte er, „den 20. August 1803 gegen Mittag nach Weimar und machte nach Tische einen Spaziergang. Ich kam sehr bald in eine prächtige Allee mit hohen Bäumen und freute mich über die schöne Natur und über das Glück, in Weimar zu sein. Ueberall, dachte ich mir, können dir

hier berühmte Männer begegnen, die hier zu Hause sind! So kam ich schnell ein gut Stück Weges neben Sommerhäusern vorwärts. Ich war so aufgeregt, daß ich keine Müdigkeit spürte, obwohl ich Vormittags schon vier Stunden Weges von Jena herübergegangen war, und es war heiß; nur Durst fühlte ich. Ich sah mich nach einem Wirthshauszeichen um, als ich eben einige Schritte vor mir hinter einem Gartengeländer Regal fallen hörte. Die Gartenthür stand offen und ich ging ohne weiters hinein. Es stand da im Garten ein stockhohes, von Ranken umwipponnes Sommerhaus. Nicht weit davon war eine Regalbahn, wo sich eine Gesellschaft von Männern mit Regelscheiben\* unterhielt. Neben der Regalbahn saßen Frauen und strickten. Die deutschen Frauen stricken auch im Theater; selbst bei einem Trauerspiel habe ich sie einmal ganz kaltblütig stricken gesehen! Als ich näher trat, sahen mich alle neugierig an. Ich aber setzte mich an einen Tisch und stopfte mir meine Meerschampfeise. Da kam eben ein Frauenzimmer mit Bierkrügen, und ich rief ihr zu: „Auch mir einen Krug, Jungfrau!“ Das Frauenzimmer sah mich an. Aber einer der Herren, den ich dann immer für den Wirth hielt und der eben die Kugel in der Hand hatte und mich betrachtete, sagte ihr etwas, und da brachte sie mir denn mit einem Knix und lächelnd, aber bis unter die Haube erröthend, einen Krug Bier, stellte ihn vor mich auf den Tisch und sagte mit sehr angenehmer Stimme: „Prost!“ Es war ein herrliches Getränk, und ich that denn einen tiefen Trunk, dampfte dazu meinen Tabak in die milde Luft, während

\* Zu Weimar wird man wohl Regeln sagen; das gute alte Wort Regelscheiben kennt man nur im Süden, und so sei es gestattet, es stehen zu lassen, und nicht in „Regelscheiben“ zu verbessern, wie die bei uns „hochdeutsch“ Sprechenden aus Mißverständniß des alten Wortes zu sagen lieben.

die Regelfesellschaft, unbekümmert um mich, unter Lachen und Scherzen ihr Spiel fortsetzte.

Ich sah zu. Drei der Herren muß ich schildern. Den einen zeichnete vortheilhaft aus seine wunder schön gewölbte Stirne, sein mächtiges Auge, das fast stolz und herrschend, dann aber wieder unbeschreiblich mild und wohlthuend herzlich blicken konnte; dann seine edel gebildete Nase. Die ganze Haltung dieses Mannes hatte etwas Fesselndes, so daß man ihn nicht satt betrachten konnte. Mannhaft und vornehm erschien er selbst im Regelspiel. Je mehr ich ihn ansah, desto fester wurde in mir die Ueberzeugung, daß er den höchsten Kreisen der Gesellschaft angehören müsse. — Der zweite war ein kleines, schon bejahrtes, lebhaftes Männchen, das immer mit den Frauen scherzte. Seine lebhaften Augen sahen so klug und heiter, und wenn er legelte, pfliegte er sie zu schließen, als ob er sich vor einer Explosion fürchtete, was einen sehr komischen Eindruck machte. Er schien mir ein herzlicher, für alles Gute und Angenehme stets empfänglicher Mensch. Am meisten aber zog mich mein freundlicher Wirth an, der mir den Krug Bier geschickt hatte. Er war blaß und sah leidend aus, aber seine großen, geistvollen Augen, die er mit unbeschreiblicher Schwärmerci, sich selbst unbewußt, zuweilen nach dem goldenen Abendhimmel aufschlug, erregten in meiner Seele ein unmenbares Mitgefühl. Ein unvergeßlicher Anblick ist es für meine Erinnerung geblieben, wenn er mit seiner schöngebildeten Hand die herabfallenden blonden Locken aus der Stirne strich. Durch die Anstrengung des Spieles wurde ein Hauch von Rosenroth in seine Wangen getrieben, und dies erhöhte den Reiz seines männlich schönen Angesichts und ließ in mir ein Bild zurück, das mich, so lange ich lebe, nicht verlassen wird. Er schien mir ein Wesen, in dessen Innern Ideen und

„Ich beziehe mich, sagt Graf Bismarck, gegen- über dieser Geheimhaltung auf den vom Grafen Men- sendorff wiederholt zugestandenen Charakter der nach sei- ner Depesche „in Wahrheit vorgenommenen Dislokation- tionen“, die in der Bewegung entfernter Truppenkörper nach der Nordwestgrenze und in der Verlegung anderer Truppen in die unserer Grenze nahen Bezirke bestehen, wofelbst sie ihre Verstärkungsmittel vorfinden. Diese zugestandenen Thatsachen kann der öster- reichische Minister nicht in das Gebiet der „Sinnesstauschungen“ verweisen.

Wir warteten angesichts derselben vierzehn Tage, ehe wir unsere nur partielle, rein defensiv (1) Maßregel ihnen gegenüber stellten. Von einer Zurück- nahme der österreichischen Maßregeln und Nichtausfüh- rung der Kriegsbereitschaft ist in den österreichischen De- peschen nicht die Rede. Graf Mensdorff muß also die Zurücknahme für überflüssig hal- ten, nachdem der Kaiser sein Wort ver- pfändet, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinne habe. Daraus folgt, daß Graf Mensdorff die mehr oder weniger erheblichen, oder in einem nennens- werthen Grade getroffenen ungewöhnlichen militärischen Maßregeln aufrechtzhalten will.

Hingegen wurde von Preußen verlangt, daß es neben den ebenso bündigen Worten des Königs Anord- nungen zurückziehe, die allein durch die veränderten Maß- regeln Oesterreichs hervorgerufen worden sind. Preußen hat die Mobilmachungs-Ordre nicht überallhin erlassen, und die partiellen Vorsichtsmaßregeln, wo- durch wir den österreichischen Vorbereitun- gen gleichzukommen suchten, können nicht aufgehoben werden, so lange der Anlaß dazu nicht beseitigt ist.

Es ist an der kaiserlichen Regierung, die Initiative zu ergreifen, um ihrerseits die Dislokationen und verwandten Maßregeln, die sie gestandenermaßen vor irgend einer Andeutung preußi- scher Rüstungen begonnen hat, rückgängig zu machen, also den status quo ante herzustellen, wenn sie die Ge- gensseitigkeit in den abgegebenen Erklärungen auch auf die thatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünscht.

Auf Befehl des Königs ersucht Graf Bismarck den Freiherrn v. Werther, diese Antwort auf das in der österreichischen Depesche vom 7. April gestellte Verlangen dem Grafen Mensdorff zu ertheilen.

Die stiefmütterliche Behandlung des Wasser- rechtsgesetzes im Landtage.

Laibach, 17. April.

-T- Man hört oft bedauern, daß unser Land wenig Industrie hat und daß in Folge der Industrie-Armuth auch die Lage der Grundbesitzer eine ungünstige ist. Es dürfte auch kaum jemand leugnen wollen, daß in der Industrie eine vorzügliche Quelle des Reichthums für jedes Land zu suchen sei und in Ermanglung derselben auch die Landwirtschaft zur vollen Blüthe nie gelangen kann und wird. Thatsächlich steht die Bodenkultur nur in industriellen Gegenden oder Ländern auf einer hohen Stufe, während in industriearmen Ländern der noth- wendige Impuls zur gesteigerten Bodenkultur fehlt, und Hand in Hand damit geht erfahrungsmäßig der Werth von Grund und Boden.

Man sollte nun meinen, daß das eigene wohlver- standene Interesse für die Grundbesitzer den mächtigsten Sporn bilden sollte, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um der Industrie den Weg in das Land zu ebnen; die stiefmütterliche Behandlung jedoch, welche der Regierungsvorlage: „Entwurf eines Gesetzes über Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer“ in unserem Landtage zu Theil geworden ist, belehrt uns leider eines anderen. — Diese Gesetzes- vorlage hatte außer der Erleichterung von Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen zur Förderung der Boden- kultur insbesondere auch den Zweck, die Errichtung von industriellen Etablissements durch Erleichterung der Be- nützung der vorhandenen, derzeit nutzlos verinnernden Wasserkräfte zu begünstigen, und die hohe Bedeutung derselben für die materiellen Interessen des Landes über- haupt und insbesondere für den Grundbesitz, der dabei direkt und indirekt nur zu gewinnen hatte, läßt sich durch- aus nicht verkennen und ist auch von niemandem ver- kannt worden. Nichtsdestoweniger aber wurde der er- wähnte Gesetzesentwurf aus dem formellen Grunde, weil der Gegenstand zur Landesgesetzgebung gehöre, dessen Richtigkeit wir dahingestellt sein lassen, auf die lauge Bank geschoben und nur nebenbei von einem aphoristischen, zumeist unmotivirten Gutachten begleitet, welches hie und da nach besonderen Landesverhältnissen auch dort haßt, wo solche nicht vorhanden sind, und überall mit virtuoser Aengstlichkeit darüber wacht, daß die Boden- kultur ja sicher in ihrem altgewohnten Schlandrian un- gestört fortovegetire und von jeder Konzession zu Gunsten der Industrie, die als eine Belästigung betrachtet wird, verschont bleibe. Wir erlauben uns zur Beleuchtung des Standpunktes, den „das Gutachten“ gegen- über der Industrie einnimmt, nur auf die Würdigung hinzudeuten, die der §. 8 des erwähnten Gesetzesentwurfes darin gefunden hat. Dieser Paragraph enthält nämlich folgende Anordnung: „In fließenden Privatgewässern kann die Benützung des Wassers, welches der Berech- tigte unbenützt läßt und zu seinem Gebrauche nicht benöthiget, von der Staatsverwaltung auch anderen, welche sich darum bewerben, zu wirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecken überlassen werden. Doch muß derjenige, welchem das Wasserbenützungsrecht von der Verwaltungsbehörde verliehen worden ist, dem früheren Berechtigten angemessene Entschädigung leisten.“ Gegen diese Anordnung wird in dem „Gut- achten“ zunächst das Bedenken erhoben, daß sie eine sehr wesentliche Beschränkung des Eigenthumsrechtes durch die darin ausgesprochene Verpflichtung, den Wasser- überfluß von Privatgewässern anderen zu überlassen, statuire, und dann weiters wörtlich gesagt: „Eine solche Beschränkung erscheint jedoch hierlands ganz unzulässig, da Krain keine Industrie besitzt und auch noch lange keine besitzen wird, welche eines derlei Privilegiums be- dürfte, da Krain ferners einen großen Reichthum an Wasserkräften hat und nach Beweis der täglichen Er- fahrung diese Wasserkräfte verhältnißmäßig leicht er- worben werden können.“

Wir geben nun zwar unverhohlen zu, daß man immerhin die Ansicht haben kann, die berührte Anord- nung trete dem Privateigenthumsrechte nahe — obwohl die Verpflichtung, dasjenige Wasser gegen Ent- schädigung an einen anderen zu überlassen, welches man selbst nicht benützt oder unbenützt läßt, eine erhebliche Beschränkung offenbar nicht involviret — allein gegen die Motivirung dieser Ansicht mit der In-

dustriearmuth im Lande und mit dem Reichthum an Wasserkräften müssen wir entschieden Einsprache erheben. Denn es scheint uns ganz klar, daß eben darin, weil unser Land keine Industrie, jedoch einen großen Reich- thum an Wasserkräften hat und somit leicht eine In- dustrie haben könnte, ein besonderer Grund dafür liege, der Industrie alle nur immer möglichen Konzes- sionen zu machen, um der bedauerlichen Industriearmuth im Lande abzuhelpen. Dies erfordert das eigene wohl- verstandene Interesse der Grundbesitzer und die Wohl- fahrt des Landes überhaupt, ohne daß man sich damit trösten kann, daß Wasserkräfte verhältnißmäßig leicht er- worben werden können, denn es ist notorisch, daß unter der Herrschaft der gegenwärtigen Gesetze die Industrie bei Erwerbung von Wasserkräften gegenüber dem Grund- besitze unzweifelhaft im Nachtheile sich befindet und daß die Errichtung von Triebwerken, die nicht unerhebliche Vortheile für die Volkswirtschaft erwarten ließen, nicht selten an dem widerwärtigsten Eigensinne eines Einzelnen scheitern muß. Uebrigens kann die Behauptung, daß Wasserkräfte verhältnißmäßig leicht erworben werden könn- ten, keineswegs im Allgemeinen, sondern nur in solchen Gegenden als richtig gelten, wo die sonstigen Vorber- eitungen zur Errichtung industrieller Etablissements nicht vorhanden sind, womit der Industrie indessen selbst- verständlich nicht gedient ist.

In ähnlicher Weise gab sich in dem Landtage ge- genüber dem Gesetzesentwurf über die Benützung der Gewässer überall dort, wo darin den wohlberechtigten Interessen der allgemeinen Wohlfahrt und der Industrie gebührend Rechnung getragen wurde, ein ganz unber- greiflicher feindseliger Geist kund und selbst dort, wo der Berichterstatter den gedachten Interessen gerecht wer- den wollte, fanden seine Anträge keine Gnade vor einer Majorität, die sich vor jeder Förderung der Industrie sowie der Interessen des Grundbesitzes selbst förmlich zu fürchten schien. Es mag bei einem solchen Vorgange allerdings seine Richtigkeit haben, daß unser Land noch lange keine Industrie haben und sofort noch lange arm bleiben wird, allein diese traurige Perspektive wird eben nur dann möglich, wenn Mangel an richtigem Verstandniß die Aussicht auf eine bessere Zukunft vereitelt und wenn insbesondere die Grundbesitzer ihr eigenes Interesse so gänzlich verkennen.

Oesterreich.

Wien, 18. April. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Berlin geschrieben: „Graf Bismarck konnte der Wahr- heit des Sages, daß man nicht gleichzeitig über eine Bundesreform unterhandeln und einen Bundeskrieg in Deutschland entzünden könne, keine stichhaltige Opposi- tion entgegensetzen; in dieser Verlegenheit legte er dem Könige den Plan einer neuen Konvention, so einer zwi- eiten Auflage der Gasteiner Konvention vor, die den Beifall des Königs gefunden haben soll, welche dieser als den gesunden Ausweg bezeichnete. Nach dem Entwürfe soll Oesterreich sein Hoheitsrecht über Schles- wig an Preußen für 15 (nach anderen 20) Millionen Thaler abtreten und gleichzeitig soll Preußen die Ver- waltung Holsteins übernehmen, wahrscheinlich um daselbst die Sympathien für das Regiment Bismarck ebenso zu stärken, wie dies in Schleswig geschehen ist. In Kiel, in Rendsburg und in Altona sollen kleine österreichische Besatzungen bleiben, natürlich nur auf so lange, bis man sich über den Kaufpreis für Holstein geeinigt hat.“

Bilder in stetem unerschöpflichem Wechsel kreisen müssen. Im Regelscheiben war er nicht geschickt. Er traf selten das Bret, so daß, wenn er warf, die zuschauenden und strickenden Frauen immer ausriefen: „Etsch, etsch!“ Das ist so eine Interjectio irrisionis in Deutschland, die ich damals zum ersten Male in meinem Leben gehört habe.

Als mein lieber Herr Wirth denn so wieder ein- mal werfen sollte, konnte ich mich schon nicht halten, und trat näher und sagte ihm, wie er die Kugel auf- setzen müsse, daß sie nicht immer schelschlage. Da lag auf einmal die schöne schwere Eignum-Sanktum-Kugel in meiner Hand, und er bat mich freundlich, ich sollte auf seine Rechnung weiter spielen, da er Geschäfte im Hause habe.

„Mit Vergnügen, Herr Wirth!“ sagte ich, und nahm mich nun zusammen, so daß ich wirklich sagen kann, ich habe gut gespielt. Habe auch viel gewonnen. Die anderen Herrschaften fragten mich dabei manches um meine Heimat, und ich sagte ihnen, wer ich bin u. s. w. Als es nun schon Abend wurde und das Spiel ein Ende nahm, kam wieder der Herr Wirth, und ich überreichte ihm seinen Gewinnst und wollte mein Bier bezahlen. Doch ich konnte die Aufwärterin nicht erblicken. Wie ich nun so rückwärts gehend meine Komplimente mache, um mich zu empfehlen, da stoße ich auf einmal hinten an einen langen gedeckten Tisch, daß alles schepperte. Ich hatte beim Spielen gar nicht bemerkt, wann und wie man diesen Tisch gebracht hatte! Und das sah so prächtig aus! Schönes Geschir, Gläser u. s. w.; ich war verwundert! Und wie ich so stolpere und mich ent- schuldige und Komplimente mache, da legt mein lieber Herr Wirth seine Hand auf meine Schulter und drückt mich auf einen Stuhl neben ihm nieder und sagt: „Sie bleiben mein Gast, Herr Magister!“

„Zum Abendbrod!“ hörte ich nun Herren und Frauen rufen, und auf einmal saß ich mitten in dieser schönen Gesellschaft bei einem wohlbesetzten Tische! Ein herrli- cher Braten wurde herungereicht und in grünen Gläsern duftete der Rheinwein. Ich schenkte mir in ein größeres Glas ein, weil ich nicht wußte, daß man in Deutschland nur in diesen kleinen Gläsern Wein trinkt. Aber, ich genoß mit allen Sinnen! Und immer schenkte man mir ein und immer trank ich aus. Da that sich mein Herz weit auf und ich stieß an mit meinem lieben Wirth, und rief laut: „Ein Lebehoch unserem Herrn Wirth!“ Da ließen alle die Gläser klingen und riefen: „Lebe- hoch dem Hausherrn!“ Da stand der Herr mit der schönen Nase auf, denn er glaubte, daß ich ihn habe leben lassen und sagte, indem er freundlich mit mir an- stieß: „Heil Ungarns hohem König! Heil dem edlen Ungarvolke! Heil seinen braven Lehrern! Heil Ihnen und Glück, Herr Magister!“ — Ich stieß an mit Freu- denthränen im Auge; die Worte klangen in meinem Herzen wieder, und ich ließ im Stillen alle meine Theu- ren in der Heimat leben und trank aus. Nun lies ich leben: den Herzog von Weimar, Deutschland, seine Ge- lehrten, alle edlen Menschen, und wurde von Freude und der Liebfrauenmilch so begeistert, daß ich anfang zu singen:

Freude, schöner Götterfunken,  
Lichter aus Elysium,  
Wir betreten Freudenthron,  
Himmische, dein Heiligthum!  
Und alle stimmten in vollem Chore ein und san- gen mit. Als das Lied zu Ende war, stand schon der Vollmond am Himmel und die Gesellschaft wollte sich zum Aufbruch erheben; da kam über mich ein Gefühl, dem ich nicht widerstehen konnte, ich ergriff das Glas und rief begeistert:

„Hoch lebe der vielgeliebte Dichter des Hymnus an die Freude!“

Ein lautes: „Er lebe, lebe hoch!“ erscholl und darauf ward es still. Mein blasser Wirth reichte mir sanft die Hand und sprach: „Ich danke Ihnen, werther Freund, und freue mich herzlich, daß man meine Dich- tung auch in Ungarn versteht und liebt.“ Durch diese Worte kam ich in die größte Verwirrung. Ich starrte ihn an, es schlug mein Herz, ich wußte nicht, ob ich meiner Vermuthung glauben durfte, ich stotterte: „Das hat ja Schiller —“ Da kam der kleine, lebhaft Herr herbei und mir zu Hilfe. Er trat zwischen mich und den Wirth, indem er sagt: „Ich muß die Herren ein- ander doch vorstellen!“ und sprach dann, auf den Wirth deutend: „Hier, Herr Magister, sehen Sie unseren Schiller, hier — Goethe (dabei zeigte er auf den Herrn mit den schönen Gesichtszügen, der aufstand, als ich den Wirth leben ließ, wahrscheinlich war er der Hausherr), und ich bin der alte Wieland!“

Was weiter geschehen, wie ich nach Hause gekom- men, ich weiß es nicht. Mir war, als ob mir das Herz zerspringen sollte vor überschwenglichem Glück.

Dies waren wohl die glücklichsten Stunden meis- nes Lebens; Stunden, wie sie wenig Sterbliche erlebt haben!

So schloß gewöhnlich der würdige Mann seine Erzählung in selbigem Rückblick auf die Vergangenheit.

Er starb hochbetagt am Charfreitage 1838 in Aus- übung seines Berufes, indem er zum Gottesdienste die Orgel spielte. (Pr.)

Welche Aufnahme dieser Vorschlag in Wien finden wird, darüber werden Sie besser unterrichtet sein, als wir hier. Es ist übrigens von diesem Plane noch nichts in der gestrigen von hier nach Wien abgegangenen Depesche enthalten; bis jetzt ist derselbe auch hier noch gar nicht im Ministerrathe vorgelegen, so daß von einer Uebermittlung desselben an das Wiener Kabinet so bald noch nicht die Rede ist. Hier in Wien — jetzt die „N. Fr. Pr.“ hierzu — ist über diesen „gesunden Ausweg“ noch nichts bekannt, und wir reproduzieren die Mittheilung unseres Korrespondenten nur mit aller Reserve. Gesund mag der Ausweg in dem Sinne allenfalls sein, in welchem die Operation für jenen Wops gesund war, dem man die Ohren stückweise abschneidet, damit es ihn nicht allzusehr schmerze.

**Prag, 17. April.** Der historische Verein, welcher sich die Auffindung und Erhaltung der Quellen für die Geschichte Böhmens zum Zwecke gestellt hat, hielt vorgestern Vormittags im Altstädter Rathhause seine konstituierende erste Generalversammlung, in welcher der provisorische Vorsitzende, Herr Direktor Erben, eine längere Ansprache über Zweck und Aufgabe des Vereines hielt. Nach Verlesung der Vereinsstatuten sprach auch Herr Bisef im ähnlichen Sinne, worauf man zur Wahl des Vereinsvorstandes schritt. Zum Vorsitzenden des Vereines wurde Herr Professor Tomek, zu dessen Stellvertreter Herr Direktor Erben gewählt. In den Anschlag kamen die Herren Emler, Mnoucek, Tiefstrunk, Bisef und Zap. — Die Gemeindevertretung von Smichow hielt gestern Nachmittag eine Sitzung, in welcher das Ehrenbürgerrechts-Diplom für Sr. Excellenz den Herrn Staatsminister Grafen Belcredi unterfertigt wurde. Das Diplom liegt in einem prachtvollen Sammtband von rother Farbe. Die Deputation, welche dasselbe Sr. Excellenz überreichen wird, hat sich heute früh nach Wien begeben.

**Wien, 18. April.** „Naplo“ theilt die „Pester Korrespondenz“ demitirend mit, das Subkomitee der Sieben und sechszigerkommission habe nicht vorgeschlagen, daß die Kommission sich erst dann in Detailirung der gemeinsamen Angelegenheiten einlasse, wenn Regierung und Landtag über die Prinzipien übereingekommen sind, sondern daß zunächst beschlossen werde, ob die Kommission es für zweckmäßiger hält, früher an eine detaillirte Ausarbeitung des Vorschlages zu gehen, oder erst das Uebereinkommen über die Prinzipien abzuwarten. Auch sei es nicht wahr, daß die 67er Kommission Mittwoch die erste Sitzung halten werde.

**Von der galizisch-preussischen Grenze,** schreibt man dem „Frdbl.“ unterm 16. April: In Krakau ist in militärischen Kreisen die Nachricht eingetroffen, daß die Preußen Gleiwitz in aller Eile zu besetzen beabsichtigen. Dieses Städtchen, etwa vier Meilen von der Krakauischen Grenze entfernt, soll zu einem verschanzten Lager von 10 bis 12.000 Mann umgeschaffen werden, welche die Aufgabe hätten, einem von Krakau anrückenden Armeekorps die Spitze zu bieten und gleichzeitig die festen Plätze Kosel, Reisse und Glas in der linken Flanke sowie im Rücken zu decken. Es muß dabei bemerkt werden, daß in früherer Zeit, wo noch keine Eisenbahnverbindung von Krakau nach Breslau geführt und erstere Stadt ein Freistaat war, die preussisch-schlesischen Grenzfestungen in der linken Flanke sowie im Rücken ziemlich gedeckt gewesen. Seit der Herstellung der Eisenbahnverbindung, und zumal seit Krakau österreichisch geworden, hat indeß jenes strategische Verhältniß für Preußen sich

wesentlich und nicht zum Vortheil geändert. — Reisende, welche aus Gleiwitz in Krakau angekommen, erzählen, daß preussische Genie-Offiziere in der Umgebung der ersten Stadt Vermessungen anstellen, welche man mit dem Plane, ein verschanztes Lager zu errichten, in Verbindung bringt. — Von Seiten der preussischen Armee-Intendanturen herrscht fortwährend eine große Nachfrage nach Kavallerie- und Artilleriepferden. Da nun die Ausfuhr verboten, so sinnen die in Krakau zahlreichen Pferdehändler auf allerlei Mittel, jenes Verbot zu umgehen. Sehr häufig kommt es z. B. vor, daß an irgend einem Grenzpunkte ein Reisewagen mit vier feurigen Pferden bespannt hält und ein Herr aus den Wagen steigt, der gewöhnlich mit einem russischen oder preussischen Passe versehen, für den Gutsintendanten N. oder für den Wirtschaftsdirektor K. sich ausgibt. Ein jüdischer „Faktor“, vom Kutschbock springend, macht dem „Herrn“ tiefe Bücklinge und unterrichtet die Organe der Grenzbehörde, daß der Herr in „dringenden Geschäften“ nach einem benachbarten Gute auf preussischem Gebiete reise. Man läßt das Gespann ruhig ziehen, aber — „Roß und Wagen“ sah man niemals wieder, weil Kutscher, Faktor und der „Herr in dringenden Geschäften“ nur verkleidete Pferdehändler gewesen, welche vier Pferde vor den Augen der Finanzwache nach Preußen geschmuggelt. Es sind bereits verschärfte Verordnungen gegen dieses Treiben der Krakauer Pferdehändler erlassen worden.

### Ausland.

**Aus München, 16. April,** wird dem „N. C.“ geschrieben: „Aus guter Quelle höre ich, daß gestern Abends Befehl gegeben wurde, sämtliche Unmontirt-Affentirte der letzten fünf Jahrgänge der Infanterie bis zum 21. d. einzuberufen. Von denen der Kavallerie und Artillerie sollen vorläufig nur diejenigen einberufen werden, die sich zu Unteroffizieren eignen. Die Pferde-Ankäufe haben bei der Kavallerie und Artillerie gar keine, beim Train nur eine unbedeutende Reduktion erlitten. Diese Befehle sollen das Resultat des Ministerrathes von gestern Nachmittag sein.“ — Man kannte am 15. d. in München offenbar die preussische Antwort auf den bairischen Vermittlungsvorschlag einer gleichzeitigen Abrüstung der beiden Großmächte.

— Von der sächsischen Grenze gehen einem schlesischen Blatte Nachrichten zu, welche darauf schließen lassen, daß man in Dresden sich bereits für die äußersten Fälle vorsehe. Die Eisenbanverwaltung in Riesa erhielt Befehl, alle Lokomotiven und Güterwagen der Regierung für Getreidetransport zur Disposition zu stellen. Sämmtliche Vorräthe des Landesmagazins in Hubertusburg sollen nämlich schleunigst nach dem Erzgebirge übersiedelt werden, damit sie den Preußen bei einem etwaigen Einfalle nicht sofort in die Hände fallen. Man sagt, daß der Befehl in Folge wichtiger Nachrichten erlassen ist, die von Wien in Dresden eingetroffen sind. Uebrigens steht es, behauptet der Korrespondent der Bresl. Ztg., positiv fest, daß König Johann entschlossen ist, an der Spitze seiner Truppen das Land zu verlassen, sobald preussisches Militär die Grenze überschreitet. Die sächsischen Truppen sollen sich für diesen Fall mit den bairischen verbinden.

**Berlin, 18. April.** Die „B. Börsen-Ztg.“ und die „Vossische Ztg.“ melden: Der König empfing Montag den Prinzen Karl von Hohenzollern. Dem Vernehmen nach ist derselbe nicht geneigt, die Wahl der Donau-Fürstenthümer anzunehmen.

**Paris, 14. April. (Allg. Ztg.)** „Die Lage“ zu schildern ist allgemach eine fast unmögliche Aufgabe geworden, denn dieselbe ändert sich täglich mehrmals, alle Prophezeiungen und Voraussichten Lügen strafend. Ob Krieg, ob Frieden, ist eine Frage, die zwar fortwährend in allen Tonarten durchgesprochen wird, deren Lösung man jedoch fatalistisch vom Zufall oder von ungeahnten Ereignissen erwartet, so ziemlich darüber einig, daß sie nicht mehr in der Diplomaten Macht liege. So beurtheilt man hier wenigstens die Verhältnisse, und es könnte darnach überflüssig erscheinen, noch die Betrachtungen zu wiederholen, auf welche die Kriegs- und Friedenspropheten ihre Ansichten stützen; einiges Interesse aber, wenn auch ein indirektes, haben dieselben immerhin. Zu kommerziellen Kreisen und an der Börse hält man trotz der Panik der letzten Tage an den Friedenshoffnungen fest, getreu dem Sprüchwort: „Was man wünscht, glaubt man gern.“ Diese Hoffnungen aber haben, so sonderbar dies klingen mag, neue Nahrung erhalten durch den Bismarck'schen Antrag auf Einberufung eines Parlaments. Nun sei doch wenigstens ein Inzidenzpunkt des großen Streites vor den Bundestag gebracht, lautet der allgemeine Trost, der vorauszusetzen scheint, daß bei der gewohnten Langsamkeit dieser Behörde die ganze Angelegenheit jetzt in ein Stadium des Halbchlummers getreten sei, aus welchem sie sich nicht mehr emporraffen werde. Bevor dieser Antrag ausgetragen, werde es nicht zum Schlagen kommen, behauptet man in den erwähnten Zirkeln und knüpft daran die Hoffnung; der Bundestag werde denselben so lange hinzuschleppen wissen, bis überhaupt alles kriegerische Feuer verrauchet sei. Eine derartige Spekulation wird vielleicht durch ihre zu große Feinheit wieder kindlich einfach, und ich muß leider wahrheitsgemäß bekennen, daß man in höher gestellten Kreisen, die besser unterrichtet sein können, sich solchen Illusionen nicht hingibt oder, wenn Sie wollen, an den gegentheiligen Hoffnungen festhält. „La guerre me semble une nécessité et être décidée en principe“ sind die eigentlichen Worte eines Mannes, der durch Stellung und Amtshätigkeit vor andern zu einem Urtheil berufen ist, der aber nach Art seines Standes seine Aeußerungen in dubitative Formen zu hüllen pflegt. Glücklicherweise dürfen wir uns erinnern, daß auch die autoritätvollsten Weissagungen sich nicht immer stichhaltig gezeigt haben, und was die Nothwendigkeit angeht, so ist es erlaubt, auch darüber anderer Meinung zu sein. Seine Worte kennzeichnen indessen einigermaßen den Standpunkt des französischen Kabinetts, welcher, unermüdlich wiederholten offiziellen Versicherungen zufolge, der einer strengen Neutralität sein soll, der aber am Tage der Entscheidung sich wohl in etwas anderes verwandeln dürfte. Erfindungsreiche Köpfe haben, in Erwartung einer solchen Wandlung, den Fürsten Metternich folgende Aeußerung gegen den Kaiser thun lassen: „Ew. Maj. kann es ja im Grunde gleichgiltig sein, ob Sie aus unseren oder aus Preußens Händen die Rheinlande empfangen.“ Eine alberne Lüge bedarf an sich keiner Widerlegung, daß sie aber überhaupt vorgebracht werden konnte, beweist, wie sehr man sich bereits an den Gedanken der „Kompensationen“ gewöhnt hat. — Die Befehle hinsichtlich des Abzuges der Franzosen aus Rom mußten in etwas modifizirt werden, weil die Erwartungen auf Betheiligung an der Legion d'Antibes bis jetzt stark getäuscht worden sind. In dieses Korps werden bekanntlich nur Franzosen aufgenommen, welche sich aber so wenig zahlreich melden, daß eine Kompagnie bis jetzt nur aus 30 Mann besteht. — Ueber den bei Sai und Geryville jüngst erfolgten Zusammenstoß zwischen den Franzosen und Arabern erzählt man Einzelheiten, die zu gerechtem Staunen Anlaß geben. Die Araber hatten ihre regellose Fehdart ausgeübt und ein geordnetes Treffen ausgehalten, daß keineswegs zum Vortheil der Franzosen ausgefallen sein soll. Sie führten diesmal Fußtruppen ins Gefecht, die erst durch den dritten Bajonnetangriff der französischen Infanterie zum Weichen gebracht wurden. Ihre Reiterei drang bis zu den französischen Geschützen vor, deren Besatzung von ihr niedergeworfen ward. Führer der Araber war der neuerdings mehrfach genannte Scheich Sidi Ben Hamza. — Ende nächster Woche soll die erste Nummer eines illustrierten Journals zu 5 Centimen ausgegeben werden, dessen Gründer die Besitzer des Abendmonitors sind. Der ganze Verbreitungsapparat, den dieses Blatt zur Verfügung hat, soll der neuen Schöpfung zu gute kommen, welche mit einem Kapital von nicht weniger als 2 Millionen Fr. ins Werk gesetzt wird. — Nächsten Montag werden die Zeichnungen für das neue mit der Gesellschaft Blount und Komp. abgeschlossene päpstliche Anlehen beginnen. Unter den gegenwärtigen Umständen erwartet man jedoch keinen namhaften Erfolg.

**New-York, 7. April.** Der Senat hat die Zivilrechtsbill trotz des vom Präsidenten eingelegten Veto mit 33 gegen 15 Stimmen angenommen. — Man glaubt, auch das Repräsentantenhaus werde die Bill mit einer Majorität von zwei Dritteln annehmen. Die Legislatur von New-York hat sich vertragen, ohne einen Senator zu ernennen.

### Vaterländische Denkwürdigkeiten.

2.

Ein Viktualienarif der Intendant von Oberkrain vom 1. Jänner 1811, unterzeichnet: Doussinet, Generalpolizeikommissär, und: Gesehen und bestätigt: Baselli, Intendant von Oberkrain.

Eine Rund- oder Mundsemmel 6 Loth 2 1/2 Quintl fl.	— 1
„ ordinäre Semmel 9 „ „ „	— 1
Ein Laib Weizenbrod 2 Pfund 8 „ „ „	— 8
„ „ Sorghizenbrod 3 „ 6 „ „ „	— 8
„ „ „ 4 „ 25 „ „ „	— 12
„ „ Nachmehlbrod 1 „ 21 „ „ „	— 4
„ „ „ 3 „ 11 „ „ „	— 8
Ein Megen Weizen (erster Gattung) . . . . .	4.—
„ „ „ (zweiter „ ) . . . . .	3.30
„ „ „ (dritter „ ) . . . . .	3.20
„ „ Korn . . . . .	2.40
„ „ Gersten . . . . .	2.—
„ „ Haber . . . . .	1.10
„ „ Haidenkorn . . . . .	2.—
„ „ Kukurrutz . . . . .	2.45
Eine Maaß Erbsen (erste Gattung) . . . . .	— 10
„ „ „ (zweite „ ) . . . . .	— 8
„ „ „ (dritte „ ) . . . . .	— 7
„ „ „ (vierte „ ) . . . . .	— 6
„ „ „ (fünfte „ ) . . . . .	— 8
„ „ Roggenmehl . . . . .	— 5
„ „ Haideumehl . . . . .	— 8
Ein Megen Erd-Äpfel . . . . .	— 48
„ Halbmege (Mirling) Erd-Äpfel . . . . .	— 24
Eine Maaß Bier . . . . .	— 4
„ „ doppelt Bier . . . . .	— 5
„ „ Brandwein . . . . .	— 30

Eine Maaß Essig (erste Gattung) . . . . .	fl. — 10
„ „ „ (zweite „ ) . . . . .	— 8
„ „ „ (dritte „ ) . . . . .	— 16
„ „ „ (vierte „ ) . . . . .	— 10
„ „ „ (fünfte „ ) . . . . .	— 8
Ein Pfund Schmalz . . . . .	— 16
„ „ „ Frischen Butter . . . . .	— 14
„ „ „ Schwein-Schmalz . . . . .	— 14
„ „ „ Baumöhl . . . . .	— 28
„ „ „ Reiß . . . . .	— 10
„ „ „ geräucherten Speck . . . . .	— 12
„ „ „ frischen Speck . . . . .	— 10
„ „ „ Schwein-Fleisch . . . . .	— 10
„ „ „ gegossene Kerzen . . . . .	— 20
„ „ „ Taffel-Kerzen . . . . .	— 19
„ „ „ ordinäre Kerzen . . . . .	— 18
Eine Maaß Salz oder 3 1/2 Pfund . . . . .	— 18
100 Pfund Hen (süßes) . . . . .	1.—
„ „ „ (zweite Gattung) . . . . .	— 54
„ „ „ Stroh . . . . .	— 50
1 Klafter langes hartes Holz von 26 Zoll . . . . .	3.—
1 Fuhr . . . . .	1.16
1 Klafter weiches Holz von 28 Zoll . . . . .	2.20
1 Fuhr . . . . .	1.8
1 Pfund Rindfleisch . . . . .	— 8
1 „ „ Kalbfleisch . . . . .	— 8
1 „ „ Schöps-Fleisch . . . . .	— 8
1 „ „ Wachskerzen . . . . .	1.30
1 Ey . . . . .	— 1
Fische 1. Gattung . . . . .	— 18
„ 2. „ . . . . .	— 16
„ 3. „ . . . . .	— 14

### Tagesneuigkeiten.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Gärtner des botanischen Gartens im k. k. Belvedere Franz Malv das Ritterkreuz des kaiserlich mexicanischen Guadalupe-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Ueber Auftrag des Finanzministeriums sollen — wie die „Presse“ erfährt — Verhandlungen zwischen den Statthaltereien und Finanz-Landesdirektionen gepflogen werden behufs Vereinbarung einer Modalität, wonach vom 1ten Jänner 1867 an die Einhebung der direkten Steuern den Gemeinden überlassen werden sollte.

Der Oberstabsarzt I. Klasse Dr. Joseph Dworsky, Sanitätsreferent beim Landesgeneralkommando zu Zara, wurde in gleicher Eigenschaft zum Landesgeneralkommando zu Agram überseht.

Der kaiserlich mexicanische Generalkonsul in Wien Herr A. Herzfeld, hat den Befehl erhalten, sich nach Mexico zu begeben, und wird in Folge dessen demnächst dahin abreisen.

So wie anderwärts, so denkt man auch in Brunn für den Fall des Krieges an die Errichtung eines mährischen Freiwilligenkorps. Bekanntlich bestand ein solches auch im Jahre 1859, fand aber damals keine Gelegenheit, sich vor dem Feinde zu bewähren.

Ein Berliner Börsenspekulant telegraphirte dieser Tage seinem Wiener Freunde sehr witzig: „Auf österreichische Note preussische Entrüstung.“ Ist man in Berlin entrüstet oder will man in Berlin (ab-) entrüsten? so fragte nun der rathlose Depeschen-Empfänger, und niemand wußte ihm Bescheid zu geben.

Die Cholera in Dietrich, welche mehr als 200 Opfer gefordert hat, ist bereits in entschiedener Abnahme begriffen. Neue gefahrdrohende Erkrankungen sind nicht mehr vorgekommen.

In Kurhessen ist jetzt die letzte Spielbank geschlossen worden. Das Kommissariat für das Bad Neuhaus zeigt nämlich an, daß die Glücksspiele mit Beginn dieser Saison aufhören.

### Lokales.

Unsere beiden Landesleute, die Herren Jeran und Franec, welche die Pilgersahrt nach Jerusalem angetreten haben, befinden sich, wie die „Danica“ mittheilt, nicht bei der Luvor'schen Reisegesellschaft, sondern bei jener, welche von dem Wiener Kommissariat für das h. Land geleitet wird, wie früher vom S. Severinusverein, und über diese Gesellschaft schreibt ihr Präses Baron Oberl im „Volksfreund“ vom 17. April, daß alle Theilnehmer bisher gesund und recht vergnügt sind.

Das erste Heft der „slovenischen Klassiker“, 96 S. stark, enthaltend Dr. Prežern's Gedichte mit dem Bildniß desselben, einem Lebensabriß und einer ästhetisch-kritischen Einleitung, herausgegeben von den Herren Josef Jurčič und Stritar soll, dem Vernehmen nach, in den ersten Tagen der kommenden Woche ausgegeben werden.

Unser als vorzüglicher Pianist bekannte Landsmann Herr Guido Raab v. Rabenau in Wien hat bei dem am 8. d. M. im Salon Ehrbar gegebenen Konzert einen glänzenden Erfolg gehabt. Er spielte Schubert's Es-Trio unter Mitwirkung der Herren Helmesberger und Adver, dann eine Sonate von Gade und Solos von Chopin und Schuman. Der Künstler, dessen Anschlag, Technik und Auffassung als vorzüglich gerühmt werden, fand stürmischen Beifall bei dem zahlreichen und gewählten Publikum.

Se. Heiligkeit der Papst Pius IX. hat nach amerikanischen Zeitungen bewilligt, daß der Bischof Friedrich Baraga seinen Sitz von S. Mary in Obermichigan nach Marquette übertragen und nach diesem Orte sein Bisthum benennen dürfe.

(Juristische Gesellschaft.) Die gestern Nachmittag 5 Uhr im großen Rathhaussaale abgehaltene General-Versammlung der juristischen Gesellschaft war gegen jene der Vorjahre schwach besucht, da sich im Ganzen nur 21 Mitglieder eingefunden hatten. An Stelle des abwesenden Präsidenten, Sr. Erzellenz Freiherrn v. Schloisnigg, der sein Ausbleiben durch die Abwesenheit von Laibach entschuldigte, eröffnete Vizepräsident Dr. v. Kallenegger die Versammlung mit einer längeren, gebiessenen Festrede, in welcher derselbe Gelegenheit nimmt, einen Blick auf das Feld der Legislatur zu werfen, welches in dem abgelaufenen Jahre eine Fülle gesetzlicher Verfügungen aus allen Gebieten des Volks- und Staatslebens aufzuweisen hat, darunter — was mit besonderer Befriedigung konstatiert werden müsse — auch solcher, deren Nothwendigkeit, Zweckmäßigkeit und gedeihliche Wirkung von der juristischen Gesellschaft schon vorläufig anerkannt und in mehreren Versammlungen diskutirt und hervorgehoben wurde (Ermäßigung der Vergewertsabgaben). Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch die noch nicht erfüllten legislatorischen Wünsche, welche die Gesellschaft bei verschiedenen Gelegenheiten auszusprechen Anlaß fand, in kürzester Zeit ihre Realisirung finden werden. Nachdem auf den günstigen Stand der Gesellschaft überhaupt hingewiesen und schließlich noch die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die bereits durch die Statuten vorgesehene Einführung von dialektisch-kontraktirischen (Plaidir-) Uebungen sicherlich eine erhöhte Theilnahme der Gesellschaftsmitglieder an den Monatsversammlungen, sowie überhaupt ein regeres Leben in diese

selbst bringen werden, gebachte Redner des Verlustes von vier Mitgliedern (die Herren Jos. Pfeiffer, Marquart, Dr. Franz v. Schrey und Franz Scherauz), deren Tod die Gesellschaft im abgelaufenen Vereinsjahre zu beklagen hatte — sprach sodann dem abtretenden Präsidenten, sowie den beiden Sekretären für ihre erspriessliche Mitwirkung bei Leitung der Geschäfte den Dank aus und erklärte sodann die Versammlung für eröffnet.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der 48. Versammlung wurde durch den Sekretär Dr. Rob. v. Schrey der Bericht über die Geschäftsbahrung vorgelesen, aus dem wir entnehmen, daß die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre sich auf der gleichen Stufe der wissenschaftlichen Thätigkeit wie in den Vorjahren erhielt, daß jedoch im Ganzen die Theilnahme der Mitglieder an den Monatsversammlungen (deren beide letzten nicht einmal von der zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Zahl der Mitglieder besucht wurden) eine geringere genannt werden müsse und demgemäß auch die eigentliche Thätigkeit des Vereins nur wenigen eifrig mitwirkenden Mitgliedern zu danken sei. Der gegenwärtige Mitgliederstand weist die Zahl 138 auf, darunter 11 Ehrenmitglieder, 61 in Laibach domicilirende und 66 auswärtige Mitglieder.

Im abgelaufenen Vereinsjahre wurden nur 6 Monatsversammlungen abgehalten, dessenungeachtet erreichten die von der Gesellschaft herausgegebenen Mittheilungen den gleichen Umfang, wie im Vorjahre, und zeichnen sich durch eine reiche Fülle wissenschaftlicher Abhandlungen, zumeist verdienstvolle Arbeiten der Herren Dr. v. Kallenegger (über die Schulhaft), Dr. G. H. Costa (über die Aufhebung der Wuchergesetze, über die Gefängnisreform), D. H. Costa (über die Zurückführung des Verbrechers in die Gesellschaft), Auskultant Josef Schneid (über den Werth und die Folgen des freien richterlichen Ermessens) nebst mehreren andern vortheilhaft aus, wie denn auch die Erörterung praktischer Rechtsfälle den Herren Dr. v. Lehmann, Franz Petritsch, Dr. G. H. Costa nebst mehreren andern zu danken ist. Die bereits 1257 Bände zählende Bibliothek wurde heuer größtentheils durch Geschenke und Schriftentausch um nahezu 200 Bände vermehrt.

Nach Mittheilung des geschäftlichen Einlaufes und Aufnahme des Herrn Wilhelm Pfeiffer als Mitglied wurde durch den ersten Sekretär Dr. G. H. Costa die Jahresrechnung vorgelesen, welche in dem Empfangen mit 626 fl. 30 kr. und in den Ausgaben mit 496 fl. 85 kr., so wie das Präliminare für das kommende Vereinsjahr in den Einnahmen mit 903 fl. 45 kr., und in den Ausgaben mit 975 fl. 8 kr., (woraus sich ein unbedeutender, durch die tatsächliche Gebahrung wahrscheinlich verschwindender Abgang ergibt) genehmigt wurde.

Die sodann vorgenommene Wahl der Gesellschaftsjunctionare — dem abtretenden Präsidium wurde der Dank der Versammlung durch Aufstehen von den Sitzen ausgedrückt — ergab folgendes Resultat. Es wurden gewählt: Zum Präsidenten Dr. Friedrich v. Kallenegger mit 20, zu Vizepräsidenten Josef Kersnik mit 16 und Wilhelm Ritter v. Fritsch mit 15, zum ersten Sekretär Dr. G. H. Costa mit 20, zum zweiten Sekretär Dr. Robert v. Schrey mit 19, zum Kassier J. Kallmann mit 18 und zum Rechnungsexpeditenten August Dimich mit 19 Stimmen.

Sodann wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen, es vereinigten sich jedoch in den Abendstunden fast sämtliche Theilnehmer zu einem Souper im Gasthose „zur Stadt Wien“, wo bis in die vorgerückte Nacht die fröhlichste Stimmung herrschte und der Beschluß gefaßt wurde, in der Folge nach jeder Monatsversammlung ähnliche gesellige Zusammenkünfte zu veranstalten.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 25. April. Johann Konzilia: Diebstahl; Andreas Stajin: Diebstahl. — Am 26. April. Thomas Sudnik und Peter Rant: Schwere körperliche Beschädigung; Matthäus Kobler: Diebstahl; Maria Pipan: Diebstahl. — Am 27. April. Franziska Kastellis: Diebstahl; Johann Prašnikar: Diebstahl; Primus Dražem: Dessenliche Gewaltthätigkeit.

(Didzesanveränderungen.) Am 15. d. M. starb der hochw. Herr Valentin Prettnner, Pfarrer in Heil. Kreuz. Die Pfarre ist am 17. d. M. ausgeschrieben worden.

### Eingesehret.

Die bevorstehenden Wahlen für den Gemeinderath nehmen mit Recht die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Betheiligung an denselben ist Pflicht jedes patriotischen Wählers. Wir erlauben uns demnach, nach vorgängiger Besprechung und Vereinbarung allen Wählern nachstehende, das allgemeine Vertrauen genießende Kandidaten dringend zu empfehlen:

- Für den I. Wahlkörper: Herr Dr. Franz Suppantšič, Hof- und Gerichts-Advokat; „ Vinzenz Seunig, Realitätenbesitzer.
  - Für den II. Wahlkörper: Herr Johann Brolich, k. k. Landesgerichtsrath; „ Dr. Heinrich Mitteis, k. k. Gymnasialdirektor; „ Dr. Friedrich v. Kallenegger, k. k. Finanzrath.
  - Für den III. Wahlkörper: Herr Johann Komar, Hausbesitzer; „ Johann Bajt, k. k. Bezirkshauptmann; „ Nikolaus Rudholzer, Uhrmacher und Optiker; „ Johann Mauser, Hausbesitzer und Gastwirth.
- Viele Wähler.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Original-Telegramm.)

Wien, 21. April. Bestimmt auftretende Gerüchte von einer gestern erfolgten Verständigung mit dem Berliner Kabinet über die Entwaffnungsfrage bewirken eine bessere Börse. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Festsetzung des Termines für die Einberufung des Parlaments als die einzige Garantie des preussischen Reformantrages.

Wien, 19. April. Die Magnatentafel hielt eine kurze Sitzung, in welcher beschlossen wurde, die Adresse als gelesen zu betrachten und etwaige stylistische Korrekturen den Deputirten zu überlassen. Hiemit entfiel die Spezialdebatte.

Wien, 19. April. Heute begiebt sich eine Deputation der Franzstädter Kirchenbaukommission nach Wien, um Ihrer Majestät der Kaiserin für die Uebernahme des Protektorats über den genannten Kirchenbau zu danken. Die Deputation wird Samstag Mittags empfangen werden.

Frankfurt, 18. April (Abends). Die Bundestagsitzung ist auf Samstag verschoben worden. Muthmaßlich erfolgt Samstag die Ernennung eines Spezialausschusses für den preussischen Antrag.

Florenz, 19. April. (N. Fr. Pr.) Ein königliches Dekret sichert den Offizieren, welche freiwillig ihre Demission genommen und wieder in Dienste treten wollen, die Wiederanstellung mit ihrem früheren Grade zu. — Garibaldi wird hier erwartet. Die Universität von Pisa ist wegen stattgehabter Unruhen geschlossen worden.

Paris, 19. April. Die Mächte werden den Donau-Fürstenthümern die Wahl eines eingebornen Hospodars, provisorisch für eine Zeit von vier oder fünf Jahren, vorschlagen. Bis jetzt wurde kein Kandidat in den Vordergrund gestellt. — Prinz Karl von Hohenzollern hatte die französische Regierung befragt, ob er die ihm angebotene Krone annehmen solle; die Regierung rieth ihm davon ab und Rußland widersezte sich noch lebhafter.

Paris, 19. April. (N. Fr. Pr.) Es wird hier versichert, daß die Höfe von Rußland und England in Berlin eindringlichst die Entlassung Bismarck's empfehlen. — Die Nachricht, Frankreich habe erklärt, in der von Bismarck vorgeschlagenen Reform des deutschen Bundes eine europäische Gelegenheit zu erblicken, ist eine Erfindung.

Paris, 19. April. (Pr.) Die österreichische Antwort auf die letzte preussische Note ist sehr gemäßigt in der Form und setzt als Termin für die vorgeschlagene beiderseitige Abrüstung den 26. April fest. Frankreich's Haltung ist neuerdings akzentuirt für den Frieden und kalt gegen Preußen.

Petersburg, 18. April. Das „Journ. de St. Petersb.“ veröffentlicht folgende Depesche aus Cassh vom 16. April: Gestern begleiteten Volksmassen den Metropolit und verlangten Separation. Die Kavallerie säbelte das Volk nieder; der Metropolit ist schwer verwundet. Die Konsuln traten bei dem preussischen Konsul zusammen; ein Abgesandter der Regierung erklärte die Emeute für beendet und Murst für den Anstifter, was falsch ist. Die Regierung sucht der Bewegung einen russischen Anstrich zu geben. Alle russischer Sympathien Verdächtigen wurden verhaftet.

Jassy, 19. April. (Pr.) Die Regierung befürchtet abermals den Ausbruch von Unruhen. Eine Nachts angekommene Batterie Kanonen wurde beim Fürstehof aufgefplaut und Militär in den Kasernen konsignirt.

### Telegraphische Wechselkurse

vom 20. April.

5proz. Metalliques 59. — 5proz. National-Anlehen 61.65. — Bankaktien 697. — Kreditaktien 133.10. — 1860er Staatsanlehen 75.70. — Silber 104.75. — London 104.90. — k. k. Dukaten 5.04.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. redivicirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag in Pariser Linien
6 U. Mg.	326.66	+ 6.8	NW. schw.	theilw. bew.	
2 „ N.	325.45	+ 17.1	W. mäßig	halbheiter	0.00
10 „ Ab.	325.68	+ 11.1	W. schwach	dünne bewölkt	

Die Witterung trocken und windig, die Bewölkung wechselnd. Mondhof.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Für die freundliche Theilnahme an dem Leichenbegängnisse des durch den Unglücksfall dahingerahten Herrn

## Josef Schelko

sagen den tiefgefühltesten Dank

(942)

### die Angehörigen.